

## AKTUELL

## QUALITATIVES WACHSTUM

# Was hab' ich davon?

Raymond Klein

**Ein Rundtischgespräch zum Stand des Rifkin-Prozesses zeigt die Stärken und Schwächen der Wachstumsdebatte in Luxemburg.**

Waren sie mit dem Fahrrad gekommen, statt das Auto oder den Bus zu nehmen? Schon lange vor Beginn der Veranstaltung zum Rifkin-Prozess warteten die Mouvement-écologique-Mitglieder vor dem Eingang des Großen Theaters, während viele TeilnehmerInnen noch im Stau standen. Einige AktivistInnen hielten Plakate - „Qualitatives Wachstum - eine Seifenblase!“ las man auf einem -, während andere Flyer verteilten oder große und kleine Seifenblasen in die kalte Novemberluft bliesen.

Am Anfang des Rundtischgesprächs am Donnerstagmorgen konnte man meinen, Étienne Schneider sei ein Wachstumsskeptiker. „Scheiße, was hab' ich eigentlich vom Wachstum?“, so beschrieb der Wirtschaftsminister die Reaktion vieler LuxemburgerInnen angesichts von Folgen wie Verkehrskollaps und Immobilienwucher. Vor der Krise habe man diese akzeptiert, weil auch der Lebensstandard stieg, so Schneider, die Frage sei deshalb: „Wie kann man die neuen Technologien so einsetzen, dass die Leute etwas davon haben?“

**Bürobau statt Landesplanung**

Der Mouvement meint natürlich etwas ganz anderes: Laut Flyer will er das „Trugbild des qualitativen Wachstums“ ersetzen durch „ein reell zukunftsorientiertes Zukunftsbild, (...), das verstärkt auf realen Wohlstand statt auf materielles Wachstum setzt“. Auch Nachhaltigkeitsminister François Bausch verdächtigte seinen Regierungskollegen, „zweigleisig“

fahren zu wollen - also das qualitative Wachstum zu fördern. ohne das quantitative aufzugeben - und warnte vor den Folgen für den Staatshaushalt und die Umwelt.

Doch der Wirtschaftsminister und die Wirtschaftsvertreter scheinen wirklich an das Paradigma des qualitativen Wachstums zu glauben. Für das derzeitige, nicht nachhaltige Wachstumsmodell liefere Rifkin eine Exit-Strategie, so Carlo Thelen: die Produktivität zu steigern, wodurch man weniger Arbeitskräfte benötige und weniger Ressourcen verbrauche. Dass hierbei eher taktisch als strategisch gedacht wird, zeigte unter anderem der im Verlauf der Veranstaltung diskutierte Vorschlag, Bürogebäude nahe der Grenze zu errichten, um die GrenzpendlerInnen aus dem Stadtverkehr herauszuhalten. Damit hofft man wohl, die wirklichen Probleme wie Wohnungsbau und Landesplanung nicht angehen zu müssen - bis die Seifenblase platzt.

Die Veranstaltung war dennoch interessant, nicht zuletzt aufgrund der Teilnahme von zwölf SchülerInnen, deren Vorschläge von den Regierungsmitgliedern kommentiert wurden. Außerdem erfuhr man aus dem Mund vom Präsidenten der Salariatskammer, Jean-Claude Reding, dass die Vorbehalte der Gewerkschaften gegenüber dem Rifkin-Prozess ausgeräumt seien. Was aber nichts am allgemeinen Eindruck änderte: Es sind die Arbeitgeber, die die Denkrichtung vorgeben. Sie haben das qualitative Wachstum in den Vordergrund gestellt - und setzen damit auf Technologie und Effizienz - ohne die von Jeremy Rifkin angedachten großen gesellschaftlichen Veränderungen in die Diskussion aufzunehmen.

Der Rifkin-Prozess, ein „work in progress“.



FOTO: RK

## SHORT NEWS

**Abfallwirtschaftsplan vorgestellt**

(ja) - Am Montag präsentierte Umweltministerin Carole Dieschbourg den neuen Abfallwirtschaftsplan. Der vorige - aus dem Jahr 2010 - führte zwar viele Maßnahmen auf, benannte jedoch keine konkreten Ziele. Im neuen Plan sind nun Reduktionsziele vorgesehen - auf der Pressekonferenz wurde dies ausdrücklich als Novum hervorgehoben. Die Realität ist allerdings komplexer: Luxemburg hatte sich mit einem großherzoglichen Reglement schon 2003 Ziele gesetzt, von denen die meisten auch erreicht worden sind. Die Reduktionsziele im neuen Plan weisen einen entscheidenden Mangel auf: Es ist bei vielen nicht klar, auf welches Jahr sie sich beziehen, wo also die Messbasis sein soll. Obwohl in den letzten Jahren gerade im Bereich der Abfallvermeidung einige Fortschritte gemacht werden konnten, gibt es bei gewissen Abfallfraktionen immer noch Probleme. Im Restmüll finden sich weiterhin erhebliche Mengen Papier, Plastikverpackungen, Lebensmittel und Hygieneartikel wie z.B. Feuchttücher. Die Recyclingquote ist in der Hauptstadt mit den anliegenden Gemeinden sowie in der „Nordstad“ besonders niedrig. Künftig soll eine App ratlosen BürgerInnen helfen, Recyclingcontainer zu finden oder allfällige Fragen zu beantworten. Plastiktüten werden - anders als Premierminister Bettel es ankündigt hatte - nun doch verboten. Der ganze Plan ist auf [emwelt.lu](http://emwelt.lu) zu finden und kann bis Ende des Jahres kommentiert werden.

**Ediff: Reform läuft langsam an**

(tj) - Die Équipes de soutien des élèves à besoins éducatifs particuliers ou spécifiques (Eseb) sind bereits in allen 15 Regionen des Landes in Betrieb, die Betreuung aller SchülerInnen mit spezifischen Bedürfnissen garantiert. Das geht aus der Antwort von Bildungsminister Claude Meisch auf eine rezente parlamentarische Anfrage der CSV-Abgeordneten Martine Hansen und Martine Mergen hervor. Bei den Eseb handelt es sich um Teams aus PsychologInnen, SonderpädagogInnen und SozialarbeiterInnen, die Lehrkräften in der Regelschule beratend zur Seite stehen. Seit dem 29. Juni sind diese Teams den landesweit 15 Regionaldirektionen unterstellt. Die Rekrutierung weiterer Psychologinnen, PädagogInnen und ErzieherInnen sei in vollem Gange, heißt es in der Antwort weiter. Meisch hatte zuvor angekündigt, in den kommenden Jahren das Personal der Éducation différenciée (Ediff) um 150 Personen aufzustocken. In 59 Schulen sind bereits SonderpädagogInnen beschäftigt, in allen weiteren werde die Koordination zurzeit von den RegionaldirektorInnen bewerkstelligt, so der Bildungsminister in seiner Antwort. In einem letzten Punkt äußert Meisch die Zielsetzung, künftig nicht nur in der Grundschule, sondern auch in den Lyzeen sonderpädagogisches Personal einzusetzen.

**Réfugiés : le CSV demande des comptes**

(lc) - On n'en avait plus beaucoup entendu parler ces derniers temps - élections communales obligent -, mais cela ne veut pas dire que la crise des réfugiés ait disparu pour autant. Fin octobre par exemple, le grand-duché a encore accueilli 52 demandeurs de protection internationale, dans le cadre des obligations européennes, domaine dans lequel le grand-duché fait figure d'élève modèle. Et les statistiques de septembre 2017 le confirment : même si les pics ne sont pas (encore) aussi dramatiques qu'en 2015, rien ne permet de siffler la fin de partie sur la question. Une question qui semble intéresser le CSV à tel point qu'il vient de demander une convocation jointe des commissions parlementaires des Affaires étrangères et de la Famille en présence des ministres Jean Asselborn et Corinne Cahen. Dans le papier, sur un ton très modérée, les conservateurs se demandent entre autres si le pays dispose des moyens adéquats pour remplir ses obligations. S'il est vrai que ces questions sont pertinentes, ce n'est pas comme si à l'époque, le CSV et son ministre Luc Frieden se seraient engagés à accueillir dignement les demandeurs de protection internationale. Mais bon, les élections d'octobre 2018 approchent...